

Wiemeler Dampfboot.

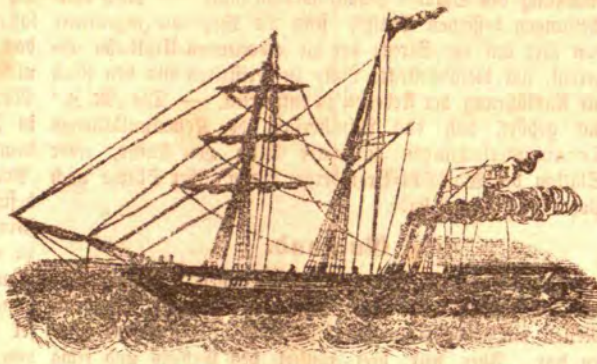
N^o 159.

1874.

Sonnabend,

Erscheint täglich Morgens
mit Ausnahme
der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis
pränumerando 1 Thlr.
mit Botenlohn sowie bei allen Post-
Anstalten 1 Thlr. 5 Sgr.



den 11. Juli.

Anzeigen werden für den Raum
einer Corpus-Spaltheile von Abonnent-
ten mit 1 Sgr. 4 Pf., von Nicht-
Abonnenten und Auswärtigen mit
1 Sgr. 8 Pf. berechnet.
Reclamen pro 1-spaltige Petitzeile 2 Sgr.

Anzeigen, für die folgende Nummer be-
stimmt, sind spätestens bis Nach-
mittag 2 Uhr einzuliefern.
Belag-Exemplare kosten 1 Sgr.

Tages-Chronik.

Den 11., Nachm. 3 Uhr, breite Straße 18., Verkauf
von Möbeln, Haus- und Küchengeräth.

Der neueste Vorschlag zur Lösung der Nordschleswig'schen Frage.

In einer historisch-politischen Skizze vom Chevalier
Wollheim da Fonseca wird das während der todtten Sai-
son so beliebte Thema einer Lösung der Nordschleswig'schen
Frage auch in diesem Jahre wieder aufs Tapet gebracht.
Bis jetzt hat die Dänische Presse von der Arbeit mehr
Notiz genommen, als die Deutsche, obwohl der Verfasser
einen möglichst unparteiischen Standpunkt einzunehmen sich
bemüht. Wie weit seine Vorschläge auf Verwirklichung
zu rechnen haben, kann dahin gestellt bleiben, immerhin
wird es nicht uninteressant sein, einen flüchtigen Blick auf die-
selben zu werfen. Es heißt in dem Schlussrassonnement:
Wollte Preußen jetzt oder in Kürze sich mit Dänemark
abfinden, und eine Grenzregulirung vornehmen, so dürfte
diese in der Art geschehen, daß man nur die ganz und
wahrhaft Dänischen Districte, in denen von zwei Parteien
keine Rede sein kann, oder diejenigen, in welchen Deutsche
nur in verschwindender Minorität wohnen, an Dänemark
zurückgäbe. Wollte man alle Districte, in welchen die
Dänischen Bevölkerungen und Sympathien in der Minori-
tät geblieben waren, oder mit unbedeutender Majorität
im Jahre 1867 gestimmt hatten (wie z. B. Bjoldrup und
Nabstedt, wo die Dänischen Candidaten nur 42, Lygum-
kloster, wo sie 47, Nordbugum, wo sie 57 pCt. gewonnen
hatten), im Interesse der Nationalität zu Deutschland
schlagen, so würde die Grenze von der äußersten Ostspitze
Jütlands, westlich von Christiansfeld ab süblich nach Pen-
rabe bis Flensburg und von da in einem spitzen Winkel
nördlich über Bjoldrup, Nabstedt, Lygumkloster und Nord-
bugum zu laufen, und dann wieder in süblicher bis Lon-
dern, wo die Dänischen Candidaten nur 17, und süblich
von Wögeltondern, wo sie 94 pCt., nach Hoyer, wo sie
nur 28 Stimmen hatten, laufen. Da aber diese Grenze
ein wunderliches Bildniß bilden und keine natürliche oder
wenigstens annähernd natürliche Grenze bilden würde, so
könnte man der Vereinfachung wegen diese westöstliche
Grenze dicht nördlich über Flensburg, in einem Bogen
über Lygumkloster nach Hoyer zu laufen lassen, so
daß im östlichen Theile Schleswigs der schmale Streifen
Landes, welcher die größeren Städte Christiansfeld, Ha-
dersleben, Penrabe und Flensburg enthält, Deutsch, und
der übrige Theil Nordschleswigs mit Ausnahme der genann-
ten: Lygumkloster und Hoyer, Dänisch wäre. Dadurch
entrieße man allerdings die ländlichen Bevölkerungen der
östlichen Küstenstriche dem Lande, für das sie jetzt Sympa-
thien zeigen, da es aber das einzige Mittel ist, eine an-
scheinende Unmöglichkeit möglich zu machen, und da das
Dänische Cabinet im Jahre 1864 die Chancen eines
Krieges gegen Deutschland hätte reiflicher überlegen sollen,
als es der Fall war, so ist diese Vertheilung keine Un-
gerechtigkeit. Auf diese Art, käme Dänemark in den Besitz
von ganzem nördlichen, nordwestlichen und einem Theil
des mittleren Schleswig, während ein schmaler Strich des
östlichen, und ein anderer Theil des mittleren sowie
Sübschleswig Preussisch blieben. Dies ist zwar auch keine
militärische, oder von der Natur gezeugene aber, unter den
obwaltenden Umständen, der Nationalitätsanforderung mög-
lichst nahe kommende Grenze. Es wäre so vielleicht dem
Artikel 5 des Prager Friedensvertrats und der Rückgabe
einiger nördlichen Districte „in Gemäßheit der Stimmung
der Bevölkerung“ genügt und würde einer solchen Abma-
chung vielleicht Dänischerseits entgegenkommen. Es ist da-
gegen ein Stück Landes, das die meisten Schwierigkeiten
bietet dürfte, welches die Dänen nicht aufhören würden
zu reclamiren, und das Preußen vielleicht nicht herausge-
ben dürfte; das Sundewitt'sche und besonders die Insel
Alsens. Die Dänen behaupten, daß diese Districte durch-
aus Dänisch gesinnt sind, und führen als Beweis die
Abstimmung im Jahre 1871 an, bei welcher in der That,

den Sonderburg'schen Kreis ausgenommen, ihre Candida-
ten nicht unter 89 und fast durchgängig 95—98 pCt.
der Stimmen hatten. Die Deutschen dagegen sagen, daß
diese Landesheile und namentlich die Insel Alsens zu viel
Deutsches Blut getrunken haben, und für den Schutz der
Districte Schleswig-Holstein's zu wichtig sind, als daß man
sie herausgeben dürfe. Wenn, was nicht wahrscheinlich,
aber dennoch möglich ist, Deutschland in einen Krieg mit
Rußland verwickelt würde? müßte jenes, selbst bei der
vollkommensten Neutralität Dänemarks, nicht befahren,
daß eine starke Russische Flotte die Meerenge zwischen
Alsens und dem Festlande occupirte und eine Armee an
der Ostküste von Schleswig-Holstein landen ließe? In
einem solchen Falle würde die Insel, falls sie Preussisch
bleibt, dem Feinde viel zu schaffen machen, während er,
wenn dieselbe Dänisch würde, den Rücken zu einer In-
vasion frei hätte. Die Bewohner der Herzogthümer sind
in überwiegender Mehrzahl eben so particularistisch, wie
die von Elsaß und Lothringen, und mögen daher
Dänisch oder aber Deutsch gesinnt sein, weil sie das
nicht sein können, was sie gern sein möchten, d. h. ex-
clusive Schleswig-Holsteinisch. Es ist wohl anzunehmen,
daß, wenn man dem Land statt der Alternative, vor die man
es heute stellt, eine Wahl zwischen der Zugehörigkeit zu
Deutschland oder zu Dänemark, und zwischen einem selbst-
ständigen Staate Schleswig-Holstein ließe, eine überwie-
gende Majorität zu Gunsten des Letzteren vorhanden sein
würde. Ob dies ein wirkliches und nachhaltiges Heil
für das Land wäre, ob die Opfer, die es uns momen-
tan zu bringen hat, nicht den Entfern zum Segen gereichen
das überwiegt der Particularismus in seiner Verblendung eben
so wie er vergangene Wohlthaten und gegenwärtiges Wohl-
wollen vergißt. Die heutige Regierung ist gleichfalls human,
und darauf bedacht, das Wohl der neuen Provinzen zu besör-
dern, und wenn sie einerseits schärfer gegen die Aeußerungen
der öffentlichen Meinung auftritt, so muß man bedenken,
daß sie nicht, wie Dänemark, im alten ruhigen Besitz ist,
und daß die von der Dänischen Presse und deren Filialen
in Schleswig aufgeregte Stimmung eine schärfere Aufsicht
bedingt, als wenn die Leute in Schleswig — nicht etwa
durch die Deutschen Blätter, sondern direkt und officiell er-
fahren, was sie von dem bewußten Artikel und überhaupt
von den Tendenzen der Preussischen Regierung zu halten
haben.

Deutsches Reich.

△ Berlin, 8. Juli. [Zur Situation] Mit
wie großem Interesse man in unsern maßgebenden Kreisen
die Lösung der neuesten über Frankreich hereingebrochenen
Wirren erwartet, zeigt auch die heutige Uebersicht der
„Provinzialcorrespondenz“ über die dortigen Zustände, die
trotz ihrer äußerlich rein thatsächlichen Form doch die in
Regierungskreisen herrschende Auffassung leicht durchblicken
läßt. Wenn das halbamtliche Blatt aus der Gesamtheit
der letzten Ereignisse den Schluß zieht, daß der Präsident
Mac Mahon entschlossen scheint, die ihm persönlich auf
sieben Jahre übertragene Regierungsgewalt, als den einzig
festen Punkt in der allgemeinen Verwirrung allen Partei-
bestrebungen gegenüber zu wahren, so wird man nicht fehl
gehen, wenn man hierin zugleich die Zustimmung des
hiefigen Cabinets zu diesem Entschlusse enthalten sieht.
Eine endgültige Entscheidung über die definitive Regierungs-
form erwartet man für den Augenblick noch nicht, da die
maßgebenden Parteien, nämlich die republikanische und
bonapartistische den richtigen Zeitpunkt für Verwirklichung
ihrer Pläne noch nicht für gekommen halten. Die gestern
und heute von Paris eingetroffenen Nachrichten über eine
möglichst dilatorische Behandlung des Conflicts bestätigen
diese Voraussetzung allerdings in vollem Maße.

Vor einiger Zeit wurde mitgetheilt, daß der Ober-
kirchenrath sich mit einer Eingabe an das Kultusministe-
rium gewandt habe, in welcher er wegen Ueberbürdung
der Geistlichen mit Nebengeschäften, für welche ihnen keine
Remuneration zu Theil werde, vorstellig wurde, und um

Abstellung oder doch Abminderung dieses Uebelstandes er-
suchte. Welcher Art diese Nebengeschäfte sind, geht unter
Anderm aus der Zuschrift eines Neumärkischen Geistlichen
an die „Post“ hervor, in welcher es heißt, daß bei Trau-
ungs- und Taufacten dem Geistlichen die Verpflichtung
obliege, sogenannte Gebarmenunterstützungen von den
jungen Eheleuten resp. den jungen Eltern einzuziehen.
Man habe geglaubt, daß in Folge des neuen Civilstands-
gesetzes diese Verpflichtung in Wegfall kommen werde,
allein der Minister habe dies verneint und der Ober-
kirchenrath die Anweisung ertheilt, jene Gelder weiter zu
erheben. Der Geistliche, welcher über die Angelegenheit
berichtet, meint, daß es unter diesen Umständen den An-
schein gewinne, als setze der Staat eine Prämie auf die
Ver schmähung der kirchlichen Ceremonien und Sacramente,
was doch wohl nicht beabsichtigt sei und daß jene Ab-
gaben, falls sie nur bei der kirchlichen Trauung und Taufe
erhoben werden sollten, dem Sparflamen Landmann leicht
ein Dorn im Auge würden. — Diese Bemerkungen ent-
halten manches Richtige und es ist wohl nur den Schwierig-
keiten, welche das Uebergangsstadium mit sich bringt, zu
danken, daß die Verpflichtung zur Einziehung jener im
Namen des Staats erhobenen Abgabe nicht auch jetzt
schon den staatlichen Organen zur gleichmäßigen Anwen-
dung in allen Fällen übertragen wird.

Vom 1. September d. J. ab werden nach einem vom
Bundesrath gefaßten Beschluß die Süddeutschen Zwei-
guldenstücke nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel an-
gesehen werden. Die Annahme resp. Umwechslung der-
selben nach dem genannten Zeitpunkt erfolgt zum 31. De-
zember d. J. von den mit der Einlösung beauftragten
Kassen. Später werden die genannten Stücke auch von
diesen Kassen nicht mehr angenommen werden.

* Der von den Spanischen Carlisten erschossene
Deutsche Hauptmann Schmidt war ein von seinen Kame-
raden hochgeschätzter und sehr intelligenter Officier. Er
sah im letzten Kriege Gelegenheit sich in hervorragender
Weise auszuzeichnen und übernahm vor einiger Zeit die
Verichterstattung vom Spanischen Kriegsschauplatz für
einige Deutsche Zeitungen, weil ihm daran gelegen war,
Spanien genau kennen zu lernen, die Spanische Sprache
sich anzueignen und seine militärischen Kenntnisse zu er-
weitern. Wir würden nach Beendigung der Spanischen
Wirren aus der Feder Schmidt's ein größeres Werk über
den Revolutionskrieg erhalten haben. Diplomatische Inter-
ventionen wegen seiner Erschießung sind nicht möglich.
Er wurde, wenn auch ganz irrtümlich, als Spion gefan-
gen genommen, und als solcher hinfällig.

* Die „Prov. Corr.“ giebt in einem Artikel mit der
Ueberschrift „Neue Wirren in Frankreich“ eine Uebersicht
über die Ereignisse Frankreichs, der folgenden bemerkens-
werthen Schluß enthält. Der „Ausruf des Grafen von
Chambord hat die Verwirrung auf den höchsten Gipfel
gebracht. Es ist heute nicht mehr daran zu denken, daß
sich, wie es im November vorigen Jahres möglich ersah,
eine Mehrheit für die Wiederberufung des Bourbonischen
Königshauses in der Nationalversammlung finden sollte. —
Das damalige Zurückweichen des Grafen von Chambord im
Augenblicke der Entscheidung hat die vorherige Einigung
und Kraft der monarchischen Parteien unwiederbringlich ver-
nichtet.“ Der Präsident Mac Mahon kann sich, auch wenn
er es entschieden wollte, nicht mehr wie früher bloß zum
Werkzeuge der Beschlüsse der conservativen Mehrheit machen,
aus dem einfachen Grunde, weil eine solche Mehrheit nicht
mehr existirt. Ebensovienig ist aber abzusehen, wie sich in
der jetzigen Nationalversammlung irgend eine andere feste
und dauernde Mehrheit mit gemeinsamen politischen Ziel-
punkten bilden könnte. Der Präsident Mac Mahon scheint
unter diesen Umständen entschlossen, die ihm persönlich auf
sieben Jahre übertragene Regierungsgewalt als den einzig
festen Punkt in der allgemeinen Verwirrung allen Partei-
bestrebungen gegenüber zu wahren. In solchem Sinne
ist seine Regierung auch gegen die neuen legitimistischen
Rundgebungen eingeschritten. Die hierdurch hervorgerufene

Erregung wird in den nächsten Tagen zu neuen Kämpfen und vermuthlich zu neuen Parteiverbindungen innerhalb der Nationalversammlung führen. Zu thatsächlichen Entscheidungen wird es jedoch für jetzt schwerlich kommen, da die eigentlichen Entscheidungen kaum von dieser Versammlung ausgehen werden, diejenigen Parteien aber, zwischen denen die entscheidenden Kämpfe schließlich zu erwarten sind, es jetzt noch nicht an der Zeit halten dürften, zur unmittelbaren Verwirklichung ihrer Pläne zu schreiten.

Frankreich.

Paris, 6. Juli. [Spezial-Correspondenz.] Eben komme ich von dem Begräbnisse des ehemaligen Ministers und Deputirten von Goulard zurück. Er gehörte zur Parodie Notre-Dame und wurde natürlich auch dort begraben. Die Beerdigung fand zwischen 9 und 10 Uhr unter Begleitung zahlreicher Mitglieder der Nationalversammlung, der meisten Minister und unter solchem Andrang des Publikums statt, daß es mir nicht möglich war, näher heranzukommen und Details zu sammeln. Der Marschall-Präsident hatte sich durch einen Obersten vertreten lassen; von den persönlich anwesenden Leittragenden nenne ich nur: Buffet, Casimir Perier, Cezanne und Beranger. Unter Anderen hat auch der Herzog von Decazes eine Rede auf den Verstorbenen gehalten, worin er sagte, daß die Politik Herrn von Goulard getödtet habe. — Alle hiesigen politischen Kreise sind wieder einmal aufs Höchste aufgeregt durch die bevorstehende Interpellation Lucien Brun's. Man kalkulirt und combinirt über das vermuthliche Resultat in der verschiedensten Weise; einige Propheten haben schon berechnet, daß 120 Stimmen gegen die Minister stimmen werden. Dabei weiß man nicht, wie das linke Centrum stimmen wird und behauptet, daß die äußerste Linke mit der Rechten gehen werde; welcher Grund zu dieser Annahme berechtigt, weiß ich nicht. Außer anderen ähnlichen, wohl ebenso zuverlässigen Gerüchten theile ich Ihnen noch mit, daß man allgemein behauptet, der Präsident werde das Ministerium selbst nach einer Niederlage noch beibehalten. Der mit so vielem Geschrei vorbereitete Angriff auf die Regierung scheint aber im Sande verlaufen zu wollen. Die Linke hat dem Ministerium unter gewissen Bedingungen ihre Unterstützung angeboten; das Cabinet hat dieselben freilich in einer sofort abgehaltenen Sitzung abgelehnt. Die Rechte hingegen will folgenden Antrag einbringen: „Die Assemblée geht, indem sie sich tabelnd über den Gebrauch ausspricht, den die Regierung von der ihr anvertrauten Gewalt gemacht, zur Tagesordnung über.“ — Gestern Abend haben hier und in Versailles verschiedene Fraktionsversammlungen stattgefunden, in denen man sich berathen, wie man sich der Interpellation gegenüber verhalten solle. Indessen wird die Verhandlung über dieselbe, wie man in parlamentarischen Kreisen vermuthet, wohl verschoben werden. (Ist in der That geschehen, wie der Telegraph gemeldet. Die Reb.) — Die Commission, welche eingeklagt wurde, um eine Untersuchung über die zahlreichen und ausgebreiteten Waldbrände in Algier anzustellen, hat Herrn E. Pitarb zum Vorsitzenden gewählt. — Am 1. August wird der zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich abgeschlossene Postvertrag in Kraft treten. — In den Hallen ist am Sonntag eine großartige Betrügerei in Bezug auf den städtischen Detroi an den Tag gekommen, der man schon lange auf der Spur gewesen, ohne sie wirklich entdecken zu können. Es sind in Folge dessen nicht allein eine Anzahl Kaufleute sammt ihren Commis arretirt worden, sondern es sind auch, wie ich höre, drei Beamte der Präfektur ihres Amtes enthoben. — Aus dem südlichen Frankreich, wo die Ernte in vollem Gange ist, treffen äußerst günstige Nachrichten ein: der Ertrag des Bodens sei nicht nur ein sehr bedeutender, sondern auch die Qualität des Getreides eine vorzügliche. Wir wollen hoffen, daß sich diese Nachricht nicht nur bestätigt, sondern daß sie auch noch von anderer Seite beglaubigt wird, denn die jetzigen geschäftlichen Zustände sind hier zum Theil trostlose und bedürfen dringend einer Besserung.

Der Verfassungs-Ausschuß hat heute den vierten Artikel des Antrags Ventaran angenommen, welchem Mac Mahon das ausschließliche Recht giebt, die Kammer aufzulösen. Daß Graf Chambord sich in der Nähe von Versailles befindet, ist unbegründet.

Die Polizei-Agenten im St. Lazare-Bahnhof traten heute wieder sehr brutal auf, obgleich wenig Leute anwesend waren. Die gemäßigten Linke, die äußerste Linke und die Bonapartisten haben noch keine endgültigen Beschlüsse für morgen gefaßt.

Rußland.

Im Ministerium des Innern soll nach der „M. Z.“ der Plan ventillirt werden, als Vorbedingung zum Eintritt in den Gemeindefrieden die Fähigkeit, zu lesen und zu schreiben, anzustellen. — Ebenfalls ist man auch zur Bearbeitung eines Projekts über ein Normalstatut für alle existirenden und noch zu eröffnenden Klubs geschritten, welche hinfür alle die Bezeichnung „Öffentliche Versammlung“ führen sollen. — Auch wird eine besondere Commission in verschiedene Theile des Gouvernements St. Petersburg ab-

commandirt werden, um die Ursachen ausfindig zu machen, warum sich in diesem Gouvernement so viele Abgaberrückstände aufhäufen. — Wie die „Börse“ meldet, hat das Minister-Comité in seiner Sitzung am 18. Juni das vom Minister der Kommunikationen vorgestellte Projekt verworfen, wonach das ganze Netz aller projektirten Eisenbahnen für Rechnung des Staates gebaut werden sollte. — Nach Mittheilungen desselben Blattes sind 22 Wegebau-Ingenieure von hier auf die Strecke der zu erbauenden Uralbahn abgereist, um die abgesteckte Linie zu verifiziren und den Plan für Ausführung der Arbeiten zu entwerfen. — Die „M. Z.“ hat gehört, daß das Ministerium der Kommunikationen Terrainuntersuchungen zu einer Bahn von Kutno, einer Station der Warschau-Bromberger Bahn, über Slupze nach Polen angeordnet habe.

England.

London, 6. Juli. Englisch-Indien stellt ein Gebiet von nahezu anderthalb Millionen (Engl.) Quadrat-Meilen mit einer Einwohnerzahl von 238,000,000 Seelen dar. Aber nur drei Fünftel des Gebiets sind etwa drei Viertel der Einwohnerzahl stehen direct unter Britischer Regierung, während der Rest von Indischen Fürsten beherrscht wird. Von den 183,000,000 Untertanen Englands sind über 127,000,000 Hindus, 41,000,000 Muselmänner und 15,000,000 gehören zu den eingeborenen lastenlosen Rassen. Der Rest besteht aus Buchisten, Christen, Parsen und Juden. Die Times bespricht in einem Artikel den Unterschied der Englischen und der Indischen Herrschaft, und glaubt, daß die Englische gerechter, leichter und wohlthätiger ist als die Indische, gesteht indessen zu, daß die Bewohner die Indische der Englischen bei Weitem vorziehen. „Wir haben jetzt wenigstens“, schließt die Times den Artikel, „genauer als wir einst vermochten die möglichen Grenzen unseres nützlichen Einflusses in Indien ermessen gelernt und haben unsere einst gehegte Hoffnung das ganze Land nach dem Muster unserer eigenen Regierung zu beherrschen, aufgegeben. Das Problem ist selbst jetzt kein leichtes. Wir halten Indien mit dem Bewußtsein, daß wir nicht so willkommen sind, wie wir es verdienen; und die materiellen, uns zu Gebote stehenden Hülfsmittel sind in der That gering, wenn wir sie mit dem vergleichen, was gegen uns aufgebracht werden dürfte, wenn unsere Herrschaft je eine solche werden sollte, daß die Eingeborenen ihr zu widerstehen sich entschlossen. Mit der Zeit kann es kaum fehlen, daß die wirklichen Vortheile unserer Regierung besser verstanden und daher besser gewürdigt werden. Aber unsere beste Garantie für deren Dauer liegt nicht so sehr in diesen Vortheilen, als in der Sorgfalt, mit welcher wir jetzt den Gewohnheiten und Vorurtheilen der Einwohner unnötigen Zwang anzuhin vermeiden. Wir mögen thun, was wir wollen, wir können den Eindruck nicht verhindern, den unsere Anwesenheit notwendig hervorbringt. Wir wollen oder wollen nicht, wir stehen in der feindlichen Nachbarschaft einer älteren Civilisation als die unsrige, die wir fortwährend zu verändern, zu modifiziren und wegzubringen streben. Englische Erziehung, Englische Wissenschaft, Englische Bahnen und alles, was diese mit sich führen, können nicht für ewig mit dem Glauben und den Gewohnheiten des Orientalen nebeneinander bestehen. Wir wissen, welches Resultat folgen muß. Wir sind auf dasselbe vorbereitet; wir sehnen es herbei; aber wir wollen es darum nicht mit ungebührlicher Hast herbeizwingen. Wir haben in den letzten Jahren eine große Lection von Toleranz gelernt, und unsere Indischen Untertanen sind nicht diejenigen gewesen, die am wenigsten aus dieser Veränderung Nutzen gezogen haben.“

Amerika.

Washington, 4. Juli. Der heutige Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung ist im ganzen Lande in üblicher Weise festlich begangen worden. In Philadelphia begann die Feier mit der Grundsteinlegung des großen Weltausstellungsgebäudes im Fairmount Park. In St. Louis fand an gleichem Tage die Eröffnung der großen Brücke über den Mississippi statt, welche über 9,000,000 Dollars gekostet hat. Es ist dies die kostspieligste Brücke, welche die Vereinigten Staaten besitzen; es wurden 5 Jahre an derselben gearbeitet.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 8. Juli. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ meldet die am 6. d. M. durch die Rathskammer des Stadtgerichts erfolgte vorläufige Schließung des allgemeinen Deutschen Maurer- und Steinhauervereins, der nächst dem bereits geschlossenen allgemeinen Deutschen Arbeitervereine der zehnte und mit letzterem und den in den Provinzen weitverbreiteten Mitgliedschaften in fortlaufender Verbindung gewesen sei.

Pest, 8. Juli. Die Deapartei hat in ihrer Fraktion den als Beschluß formulirten Wunsch ausgedrückt, der Unterrichtsminister Tresort möge seinen Posten nicht aufgeben, und zugleich demselben ein förmliches Vertrauensvotum erteilt. Die Deapartei hat sich ferner einstimmig für die Vorlagen über die Rumänischen Eisenbahnanschlüsse aus-

gesprochen, nachdem Chyczy dieselben auf das Angelegentlichste empfohlen hat. Der Klub der Linken hat erklärt, daß er den Eisenbahnvorlagen nicht zustimmen werde.

Versailles, 8. Juli. [Nationalversammlung.] Lucien Brun erhält das Wort und begründet seine Interpellation, indem er darauf hinweist, daß die „Union“ lediglich wegen Veröffentlichung des vom Grafen Chambord erlassenen Manifestes suspendirt worden sei. Redner verliest das gedachte Manifest und führt aus, daß in demselben nichts enthalten sei, was die wesentliche Natur der dem Marschall-Präsidenten verliehenen Machtbefugnisse irgend wie in Frage stelle. Der Interpellant weist ferner auf die unbeanstandete Publikation des Manifestes des Kaiserlichen Prinzen hin und betont besonders, daß, da bisher eine definitive Regierungsform noch nicht konstituirte sei, auch der Graf von Chambord das Recht haben müsse, zur Nation zu reden. Sodann ergreift der Minister des Innern, de Fourtou, das Wort, welcher hervorhebt, daß das Gesetz vom 20. November 1873 als unabänderlich zu betrachten sei. Der Minister erinnert ferner an die Maßregeln, welche von dem Ministerium sowohl gegen die Radikalen als auch gegen die Bonapartisten ergriffen worden seien, und bezeichnet es als den festen Entschluß der Regierung, die Machtvollkommenheit des Präsidenten Mac Mahon gegen Angriffe jeglicher Art sicher zu stellen. Von mehreren Seiten werden Anträge auf Uebergang zur Tagesordnung gestellt, und zwar von Emoult und Chesnelong namens der Legitimisten, von Kerdel namens der Rechten, von Paris namens des rechten Centrums, von Albert Grévy namens der Linken. Der Vizepräsident des Ministerconseils und Kriegsminister erklärt darauf, daß die Regierung der vom Deputirten Paris vorgeschlagenen Tagesordnung zustimme, welche folgendermaßen lautet: Die Nationalversammlung beschließt, die dem Marschall Mac Mahon, Präsidenten der Republik, auf 7 Jahre anvertrauten Machtvollkommenheiten energisch zu erhalten, indem sie sich vorbehält, die constitutionellen Gesekentwürfe einer Prüfung zu unterziehen, und geht zur Tagesordnung über. Nachdem ein weiterer Antrag auf Uebergang zur einfachen Tagesordnung zurückgezogen war, beschließt die Versammlung über folgende von dem Interpellanten Lucien Brun beantragte motivirte Tagesordnung: „Die Nationalversammlung scheidet davon ab, über das Gesetz vom 20. November 1873 in eine Discussion einzutreten, spricht aber über die von der Regierung verfertigte Maßregel der Suspension des Journals „Union“ ihr Bedauern aus.“

[Nationalversammlung.] Fortsetzung. Die einfache Tagesordnung wird schließlich mit 339 gegen 315 Stimmen angenommen und sodann die Sitzung aufgehoben. — 9. Juli. Der Ministerrath ist gegenwärtig zu einer Berathung vereinigt; es ist noch ungewiß, ob Mac Mahon eine Botschaft an die Versammlung richtet. Von mehreren Deputirten des rechten Centrums und anderer Fraktionen werden Anträge auf Aufhebung der Versammlung vorbereitet und wahrscheinlich noch heute eingebracht.

Paris, 9. Juli. Nach der gestrigen Sitzung hat das Ministerium seine Demission an, welche Mac Mahon ablehnte. Vermuthlich bleibt das gegenwärtige Cabinet unverändert im Amte. Es heißt Mac Mahon werde heute eine Botschaft an die Versammlung richten, worin er von Neuem den Entschluß zur Aufrechterhaltung seiner Gewalt für sieben Jahre kundgiebt und die Nothwendigkeit der Organisation dieser Gewalt betont.

— Durch die gestrige Ablehnung der Tagesordnung Lucien Brun's sind die Legitimisten unterlegen. Die schließliche Annahme der einfachen Tagesordnung gilt trotz der vorherigen Ablehnung der von der Regierung genehmigten Tagesordnung in Paris als Sieg der Regierung.

— Das „Journal officiel“ bestätigt die Einreichung der Demission Seitens der Minister und die Nichtannahme Seitens Mac Mahons. Den „Debat“ zufolge gab das linke Centrum, nachdem es mit gegen die Parisische Tagesordnung gestimmt hatte, das weitere Zusammengehen mit den extremen Parteien auf, um dem Ministerium die Behauptung seiner Stellung zu erleichtern. Die republikanischen Blätter betrachten den Verlauf der gestrigen Sitzung als ein Opmachtszeichen der National-Versammlung. Andere Blätter erklären die Auflösung als die einzig mögliche Lösung der Krise.

London, 9. Juli. Dem „Hour“ zufolge erfolgt der Parlamentsschluß wahrscheinlich gegen den 8. August.

Madrid, 7. Juli. Der Gesandte beim päpstlichen Stuhle, Lorenzana, wird morgen nach Rom abreisen. — Zabala hat eine Verstärkung von 14 Bataillonen Kernastruppen erhalten. Man ermartet demnächst einen neuen Zusammenstoß.

Konstantinopel, 8. Juli. Dem Bernehmen nach hat der Sultan in der vergangenen Woche den Khedive durch ein sehr verbindliches Schreiben dringend ersucht, im Laufe des Sommers in Konstantinopel einen Besuch abzustatten.

